

Vorwort

Mit dem Bedeutungsverlust der großen Volksparteien und einem Erstarren rechtsnationaler Kräfte ist eine deutliche Verschiebung innerhalb der politischen Landschaft in Deutschland zu beobachten. Diese Entwicklung spiegelt sich unmittelbar in den Wahlerfolgen der AfD auf Bundes- und Länderebene wider: Seit 2017 ist die Partei als größte Oppositionsfraktion im Bundestag und 2020 mit Sitzen in allen Landesparlamenten vertreten. Mit ihrem breiten Spektrum an rechten Auffassungen vom Rechtspopulismus bis hin zum Rechtsextremismus und aufgrund ihrer dort verbreiteten menschen- und demokratiefeindlichen Haltungen wird ihre parlamentarische Präsenz in Teilen von Wissenschaft und Politik als Gefahr für die Demokratie und als ein Indikator für die gesellschaftliche Polarisierung angesehen.

Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung hat der vhw als indirekte Folge der Zuwanderung von Geflüchteten bereits 2016 in den Blick genommen. Unsere milieubasierten Analysen konnten zeigen, dass hinsichtlich der Ambiguitätstoleranz und der Befürwortung von Diversität tatsächlich ein virulenter Riss durch die gesellschaftliche Mitte festzustellen war (zuletzt Hallenberg 2020). Tiefergehende strukturräumliche und milieubasierte Untersuchungen weisen zudem darauf hin, dass die räumliche Verteilung sozialer Milieus ebenso wie regionale und innerstädtische Peripherisierungen als zusammenhängende Mechanismen von Abwanderung, Abkopplung und Abhängigkeiten (Höcke 2018) einen hohen Erklärungsgehalt für die lokale Zunahme und Verbreitung rechter Einstellungen und die hohen Zustimmungswerte zur AfD aufweisen (Hallenberg 2020). Mit den soziokulturellen und strukturräumlichen Analysen von Einstellungen und Wahlverhalten wurde zunächst vor allem die Nachfrageseite von rechtspopulistischen Deutungsangeboten in den Blick genommen. Die Bedeutung

der lokalpolitischen Angebotsseite in Form von Wahlprogrammen und Strategien war auf kommunaler Ebene als Erklärungsdimension noch weitestgehend unberücksichtigt. Dabei ist gerade im Zuge der Kommunalwahlen der letzten Jahre zu beobachten, dass nach der Besetzung von sozial- und sicherheitspolitischen Fragestellungen auf europäischer und nationaler Ebene die AfD bestrebt ist, sich auch ein stärkeres kommunalpolitisches Profil zu geben. Dabei gewannen vor allem Themen wie Finanzen, Bauen, Verkehr und Stadtentwicklung an Bedeutung.

Um diese Veränderungen in der kommunalpolitischen Landschaft zu analysieren, hat der vhw das von Prof. Dr. Henning Nussl und Valentin Domann vom Geographischen Institut der Humboldt-Universität entwickelte Forschungsprojekt „Jenseits der Metropolen – Wandel lokalpolitischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft“ gefördert, dessen Ergebnisse nun vorliegen. In vier kleineren Gemeinden in Baden-Württemberg und Brandenburg haben sie untersucht, welches Potential die ausgewählten kommunalpolitischen Handlungsfelder Infrastruktur, Verkehr, Wohnen und Energie für eine rechtspopulistische Besetzung und die Polarisierung der kommunalpolitischen Kultur bieten. Neben den Wahlprogrammen der jeweils fünf stärksten Parteien stand ebenfalls im Fokus, wie kommunalpolitische Themen in digitalen und analogen Medien verhandelt werden und, welche Unterschiede in der Debattenkultur und ihrer lokalen Rezeption bestehen. Damit konnten wir insbesondere an die Forschungsergebnisse des vhw-Projektes „Vernetzte Nachbarn“ anknüpfen, welches u.a. die Bedeutung von Social Media als Verstärker sozialer und politischer Polarisierungen in lokalen Kontexten herausstellt (Becker et al. 2020). Nicht zuletzt ist die Relevanz der jeweiligen sozialräumlichen Kontexte auf die Wahrnehmung der rechtspopulistischen Deutungsangebote durch

die Wählerinnen und Wähler mit dem vorliegenden Projekt betrachtet worden.

Ein besonderer Mehrwert der Studie liegt dabei in der Analyse von kleinen Gemeinden als konkordanzdemokratische Settings. Diese zeichnen sich gegenüber den für Großstädte charakteristischen konkurrenzdemokratischen Settings durch eine stärkere horizontale Einbindung der lokalen Akteure in das Geschehen vor Ort aus. Obwohl konkordanzdemokratische Settings auf nationaler Ebene anfälliger für rechtspopulistische Interventionen scheinen, konnte die Studie auf kleinräumlicher Ebene die Resistenz von alltagsnahen kommunalen Entscheidungen gegenüber rechter Politisierung herausstellen. Dies wird auf die überwiegend positive Wahrnehmung von lokalen Politikerinnen und Politikern in den Kommunen zurückgeführt, die zudem Bürgernähe über alltägliche Begegnung und soziale Medien herstellen. Trotzdem zeigen die Ergebnisse, dass auch Entscheidungen mit lokal begrenzter Reichweite stark ideologisch aufgeladen werden können. Hier verdeutlichen die Fallstudien, dass gerade die Klimaschutzdebatte als zentrales Zukunftsthema auch auf kommunaler Ebene ein hohes Konfliktpotenzial bereithält.

Auch vor diesem Hintergrund sind die vorliegenden Handlungsempfehlungen entscheidend. Sie sollen kommunalpolitischen Akteuren helfen, einer Polarisierung der lokalen politischen Kultur auch bei kritischen Themen entgegenzuwirken. Dazu zählen die Autorin und die Autoren eine frühzeitige Beteiligung und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in lokalpolitische Entscheidungen, transparente und deliberative Partizipationsverfahren, eine klare Positionierung gegenüber rechtspopulistischen Akteuren sowie die Stärkung und Unterstützung einer demokratiefördernden Zivilgesellschaft.

Auf Basis dieser Vorgehensweisen kann die Chance bestehen, nicht nur Herausforderungen wie dem Klimawandel gemeinsam zu begegnen, sondern zugleich einen Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu leisten.

Dr. Anna Becker

Seniorwissenschaftlerin und Clusterkoordinatorin
vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.